

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden, Rader & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden und Sachs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen „Rath der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefbeantwortung 10 Goldpf.

Nr. 279

Dresden, Sonnabend den 29. November 1924

35. Jahrg.

Neutrale Schulpolitik?

Von Rudi Wedel.

Was ist der Geist der Zeiten heißt, das ist im Grunde der Geist eigener Zeit, in dem die Zeiten sich spiegeln.

Der Neue Sächsische Lehrer-Verein hat zur Verteidigung des Aufbauministers Dr. Kaiser eine Erklärung veröffentlicht, in der es unter Punkt 6 folgendermaßen heißt:

„Der N. S. L. V. ist nicht parteipolitisch eingestellt. Er umschließt solche Lehrer, die auf dem Boden der christlichen Schule stehen und für eine vaterländische Erziehung eintreten.“

Dem Sächsischen Lehrer-Verein wird unter Punkt 5 vorgeworfen, daß er sich offen oder verdeckt für sozialistische Welt- und Wirtschaftsansichten ausgesprochen habe. Die von dem N. S. L. V. dem Ministerium vorgelegenen und von diesem bezweifelten Schul-aufsichtsberichte seien mit Ausnahme einiger linksdemokratischer Sozialisten. Die Abgeordneten Agt und Wedel haben die politische Richtung des Sächsischen Lehrer-Vereins klar bestimmt. Der N. S. L. V. habe bis zum heutigen Tage einen Trennungskampf zwischen sich und den Kommunisten nicht gegogen.

Gegen diese Ausführungen zunächst einige ganz äußerliche Tatsachen. Die Führer des N. S. L. V., Vespolt, Sattler u. a. sind Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Als Mitglieder dieser Partei sind sie verpflichtet, für die Welt- und Wirtschaftsanschauung der schwerindustriellen Kreise einzutreten. Unter Dr. Kaiser ist eine Reihe von Bezirksaufsichtern ernannt worden, darunter nicht ein einziger Sozialdemokrat. Die politische Haltung des N. S. L. V. wird „klar bestimmt“ durch den Minister Dr. Kaiser und den Dresdner Stadtschulrat Dr. Hartnack. Es ist es jetzt nicht notwendig, daß der N. S. L. V. einen Trennungskampf zwischen sich und den Deutschnationalen bzw. den Deutschsozialen, den ausgeprägten Gegnern der Republik, gesucht hat. Will man das alles einfach mit dem Namen unpolitisch bezeichnen?

Die Schule ist ein Teil des gesellschaftlichen Lebens. Wer die Gesellschaftsform gestalten bzw. umgestalten will, treibt Politik. Die Schule von dieser Art Politik auszuscheiden, heißt sie herausnehmen aus dem Zusammenhang und aus den Verbindungen mit den übrigen sozialen Mächten. Im Zeitalter der Soziologie bedeutet ein heftiges Unterfangen einen Anarchismus. Wer in der Umgestaltung des politischen Lebens mit eingreift, kann und darf es nur tun von theoretischen wissenschaftlichen Standpunkten einer politischen Partei aus. Daran ändert nichts die Tatsache, daß gerade die politische Seite ihres Handelns gar nicht erkennen oder nicht verschweigen. Wir Sozialdemokraten sprechen es klar und offen aus, daß wir Wirtschaft, Gesellschaft und Schule nach unseren sozialistischen Erkenntnissen formen und gestalten wollen. In der Gegenwart lautet auch die Frage nicht: Parteipolitisch oder neutral, sondern: Politischer Fortschritt oder politischer Stillstand bzw. Rückschritt?

Wenn Dr. Kaiser und der N. S. L. V. der Schule einen anständig „neutralen Boden“ schaffen wollen, so beweisen ihre darauf abzielenden konkreten Forderungen nur, daß sie die Volksschule auf den Standpunkt zurückdrängen wollen, der ihr vor der Revolution eigen war. Ist aber die Schule nicht auch durch politische Parteien im Lande zu gestalten? Was es damals nicht ebenfalls politische Kämpfe um die Schule? Was Dr. Kaiser will mit seinen Forderungen, die Volksschule auf den Standpunkt zurückdrängen zu lassen, ist eine Nationalisierung der Volksschule“ gleiche in vielen Einzelheiten den äußerst reaktionären Statuten der Regulatorien von 1814. Die Regulatorien Dr. Hartnacks werden und müssen bleiben (selbst bei den besten Willen ihrer Schöpfer) in der Richtung nach der alten verfallenen Väterzeit. Der neuerdings neuformierte Kreisinspektorsrat ist der alte Direktor, Lehrer und Bindungen an den Lehrplan“ geben ihm die autoritativen Mittel zur „alten, bewährten Schulweisheit“ an die Hand. Dazu noch die Forderung der „deutschen und christlichen“ Schule, und das Bild einer Gesellschaftsform ist fertig, das der überlebenden gesellschaftlichen und politischen Auffassung des monarchistisch-kirchlichen Obrigkeitsstaates entspricht.

Man spricht es nicht aus, daß politische Absichten dem allen zugrunde liegen; man redet von einer „Verbesserung des Bildungserfolges“ und von der „Gewährleistung selbstbestimmter Arbeit.“

Dr. Kaiser selbst weiß aber als Politiker sicher besser, was er eigentlich will und welche politischen Wirkungen seine Maßnahmen erzielen! Zu behaupten sind daher alle Staatsbürger, die nach den Vorlesungen in Preußen, Thüringen, Sachsen nachstehen, am Minister der Deutschen Volkspartei arbeite auf dem Gebiete des Unterrichts- und Schulwesens staatspolitisch und parteipolitisch neutral.

Dr. Kaiser hatte seinerzeit die Zusammenlegung der Schulbezirke Dresden 2 und 3 verlangt; heute behauptet sein Parteistand, die „Schulstimmte“. Der Bezirkschulrat von heute ist so nur wie kein Aufsichtsbearbeiter mehr, darum soll der Kreisinspektorsrat die gesamte pädagogische Schularbeit seines Kreises „leiten“. Warum hat man die Forderung der Sozialdemokraten, die Zahl der Schulbezirke zu belassen; warum hat man den diesjährigen Beschluß des Landtages nicht durchgeführt? Die Reaktion hofft, während der Regierungsjahre des sozialparteilichen Aufbauministers recht viel Kreisinspektorsratoren aus den Reihen der Deutschen Volkspartei nahe liegenden Lehrkräfte anstellen zu können.

Auch der Zeitpunkt, zu dem die „Rege gegen die Volksschule“ eingeleitet hat, ist bezeichnend für die „unpolitische“ Einstellung Dr. Kaisers. Die Tatsache, daß Dr. Kaiser die Entscheidung darüber, ob die Arbeit in der Leipziger Versuchsschule den Bedingungen der „allgemeinen Volksschule“ entspricht, den Ju-

risten der Berichte überließ; ferner die Tatsache, daß die Deutschnationalen fast alle Maßnahmen Dr. Kaisers gutheißten, während die Sozialdemokraten und die Kommunisten ihnen widersprachen; sind das nicht Symptome parteipolitischer Behandlung des Schulwesens?

Alle diese Symptome beweisen aber auch, daß die einzelnen sozialen Mächte innerhalb der Gesellschaft so verknüpft sind (dem einzelnen bewußt oder unbewußt), daß die Schule allein nicht unpolitisch sein kann, wenn alle übrigen Teile des gesellschaftlichen Körpers vom politischen Willen bestimmt und getragen werden. Es ist das übrigens eine Weisheit, die in der Gegenwart nur noch von politischen Kindern und Demagogen geleugnet wird.

Die Hauptsache ist, daß die Politik, d. i. der politische Gestaltungswille, fundiert ist in wissenschaftlichen Forschungen. Die Fortwachen der neuen Schulpolitik: Pädagogik vom Kinde aus, Gesamtunterricht, Arbeitsschule, allgemeine Volksschule, Einheitschule, Selbstverwaltung, Lehrer- und Elternräte, sind in den letzten Jahrzehnten mit so viel wissenschaftlichen Beweisen belegt worden, daß man sie heute nur noch dem jungen Geschlecht zu wiederholen hat und denen, die adios oder schäufeln die letzten Jahrzehnte der pädagogischen und schulpolitischen Entwicklung verbracht haben. In der Gegenwart ringen zwei pädagogische und politische Weltanschauungen miteinander. In diesem Kampfe gibt es für die wirklich aktiven Pädagogen und Politiker keinen neutralen Boden, sondern nur ein: Entweder — Oder! Wir Sozialdemokraten ziehen mit der neuen Zeit.

Die Forderung der „Entpolitisierung“ des Schulwesens kann zur Zeit ebenso unmöglich erfüllt werden wie die Forderung der „Entpolitisierung“ der gesamten Bevölkerung überhaupt. Der Wunsch, die heutige Schule solle bereits „über den Parteien stehen“, ist sinnlos. Wer teilnehmen will an der Gestaltung des Schulwesens, muß sich dabei wohl oder übel politisch orientieren. Vielleicht wird es unter den Schulmännern kaum einen geben, der sich mit einem Parteiprogramm vorbehaltlos identifizieren könnte. Aber wenn jeder Staatsbürger so lange warten wollte, bis eine Partei auf der Wählerliste erscheint, die alles das und nur gerade das befreit, was er will, so gäbe es eine ungeheure Zahl politisch Unfähiger und Chamschäger, daneben ein einflussloses Chaos von hundert Fraktionisten. Die jeweils Derwerbenden würden ihre Herrschaft für alle Zeiten gesichert sehen. Es muß daher streben, daß man einer Partei schon dann beitrete, wenn man ihren allerbestmöglichen Grundgedanken nähersteht als denen der anderen Parteien. Dies ist offenbar das empfehlenswertere und aus dem Wesen der heutigen parlamentarischen Demokratie angemessenere Verfahren.

Die Schulpolitik Dr. Kaisers und der Deutschen Volkspartei

Bolschewistisches Allerlei

Während schon die Gangdummen von den Deutschnationalen abtrüben, und diese deshalb jeden Tag auf irgendein neues hahnbüchsenes Blödsinn verfallen, sind die Kommunisten in ihrem Haß gegen die Sozialdemokraten nun schon so weit gekommen, daß sie ganz öffentlich für die Deutschnationalen Wahlhilfe leisten. So konnte man in diesen Tagen in Halle führende Kommunisten mit dem Blattrupp der Deutschnationalen durch die Straßen wandern sehen. Sogar der Tambour der holländischen Frontkämpfer war dabei. Als verschiedene Arbeiter, denen diese Schmutzerei auf die Nerven ging, nach dem Grund für das Verhalten der Kommunisten fragten, bekamen sie die Antwort, die von den Deutschnationalen vortragenden Blödsinn seien ja gegen die Sozialdemokratie abgerichtet gewesen.

Diejenigen, die wissen, daß die deutschnational-kommunistische Einheitsfront in den Parlamenten wiederholt in Erscheinung getreten ist, wundern sich über das Verhalten der roten Lakaien nicht. Diese Burschen wissen ja schon seit langem nichts Besseres zu tun, als überall den Arbeiterfeinden die Steigbügel zu halten.

Berlin, 28. November. (Ep. Draht.) Die Kommunisten des Ruhrgebietes sind im Wahlverloren verlegen. Am 1. Mai erlangten sie einen Sieg infolge schmerzlicher Ausbeutung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter und des unerhöhten starken Druckes der Unternehmer nach Stellen des passiven Widerstands. Inzwischen haben die kommunistischen Wähler erkannt, wie wenig ihnen durch kommunistische Mandate geholfen, wie sehr aber ihnen durch sie geschadet wird. Die Folge ist eine grenzenlose Enttäuschung, die unter Umständen zu einer höheren Wahlenthaltung führen kann. Insbesondere haben die vielen kommunalen Stände zu einer neuen Verstimmung gegen die K. P. D. geführt. Nicht nur, daß die K. P. D. alle Stadterordnungen aus der Tasche ausgeschloffen hat, die wirklich praktische Arbeit für die Arbeiter zu leisten gewillt waren, sie gehen auch da und dort sogar dazu über, ganz offensichtlich die Interessen der Arbeiterklasse zu beschneiden. In Saar bei Bochum stimmten sie z. B. gegen die Erhöhung der Löhne der Gemeinbediensteten, trotzdem die Erhöhung der Löhne verband eine dementsprechende Erhöhung gemacht hätte. Dem kommunistischen Ruhr-Kreis ist diese Helldarstellung doch zu hurt. Es schauert deshalb Konterzeß, der Verband habe eine Lohn-erhöhung als „nicht notwendig“ anerkannt. Im übrigen ist die kommunistische Verlogenheit groß. Roffe, Reinert, Bartels, Gatzmann

ist reaktionär; die Schulpolitik der Sozialdemokratie war und ist fortschrittlich.

Eltern, Lehrer und Freunde der Schule, die den Fortschritt wünschen, wählen deshalb am 7. Dezember die Liste der Sozialdemokratie.

Der Hohenzollernskandal

SPD. Am 7. Dezember hat das deutsche Volk u. a. auch darüber zu entscheiden, ob den Hohenzollern Hunderte von Millionen ohne Gegenleistung zugeschanzt werden sollen, während Hunderttausende von Arbeitern auf der Straße liegen und ein elendes Leben fristen müssen. Bis heute ist der Hohenzollernskandal noch nicht aus der Welt geschafft, obwohl der volksharteilige Finanzminister Dr. Richter in Preußen sich bereits mehrfach bereit erklärt hat, dem Hohenzollernhause hohe Summen und umfangreiche Güter im Falle eines Vertragsabschlusses zur Verfügung zu stellen. Die ehemaligen „Herzöge von Gottes Gnaden“ denken aber vorläufig gar nicht daran, dieses Angebot des preussischen Finanzministers auch nur zu diskutieren. Die fühlen sich bei dem gegenwärtigen Zustande ganz wohl und hoffen scheinbar, daß ihnen einstmals eine Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen die gestohlenen Güter restlos wieder zur Verfügung stellen wird. Diese Hoffnung geht selbst Herrn Dr. Richter über das erträgliche Maß hinaus. Er läßt deshalb halbamtlich verkünden, daß eine gesetzliche Regelung der Hohenzollernansprüche notwendig wird, wenn Wilhelm von Doorn sich nicht endlich bereit erklärt, auf sein Angebot einzugehen.

Die Sozialdemokratie fordert bereits seit drei Jahren eine gesetzliche Regelung gegen den Widerstand aller bürgerlichen Parteien. Sie fordert sie, weil nur auf diesem Wege die Möglichkeit zu einer Abfindung besteht, die vor allen Dingen den Interessen des Volkes Rechnung trägt. Solange aber das erforderliche Reichsgesetz nicht beschaffen wird, dürfte eine erträgliche Regelung der Abfindungsansprüche Wilhelms von Doorn überhaupt nicht möglich sein, denn er und sein Haus haben noch nie den Haß vollbekommen! Sechs Jahre nach der Revolution wagt es dieser feige Defesteur z. B. mit deutschnationaler Unterstützung Gebäude als sein Eigentum zu bezeichnen und auf ihre Herausgabe zu pochen, die er einstmals dem Staat gestohlen, dann wieder an ihn verkauft und schließlich nochmals als „Besitz“ übernommen hat. Ist das deutsche Volk und sind insbesondere die preussischen Staatsangehörigen bereit, dafür ihre Steuern zu opfern? Wer das nicht will, stimmt am 7. Dezember sozialdemokratisch. Nur dann wird der Mann, der nach dem Zusammenbruch jämmerlich ausrief und heute noch 50 000 M. monatlich privat verpraßt darf, eine Behandlung finden, die ihm zukommt. Er wird abgefunden, wie es recht und billig ist und vor allem, wie es der Staat, um das er das Volk, entzogen kann.

sind auch hier über einzigen Agitationsweisen, die aber nicht mehr stehen.

Die deutschen Bolschewisten verstehen sich vorzüglich auf die Kunst, ein A für ein U zu machen. Mit Vorliebe bedienen sie sich zu diesem Zweck bürgerlicher Journalisten, die mit Erlaubnis der Sozialregierung eine Sprikour nach Rußland unternehmen dürfen. Was sie da zu sehen bekommen, sind natürlich zum großen Teil fiktive Dörfer, die sich ganz besonders vornehmlich auf dem Gebiete der Sozialverfälschung und des Bildungswesens zeigen. Eine nähere Betrachtung ergibt, daß diese pompöse Aufmachung aus Pappe ist. So veröffentlicht z. B. die Neue Wache vom 27. November einen Auszug aus dem Artikel eines gewissen Dr. Warffelen, der die Krankenversicherung in Sowjetrußland als qualitativ die beste in der Welt verberichtet. Aber die amtliche „Protokoll“ muß selbst feststellen:

„Die medizinische Hilfe ist ganz ungenügend. Die Ambulatorien sind schlecht ausgestattet und überlastet. Es fehlen die nötigen medizinischen Hilfsmittel, Medikamente und Geräte. Am schlimmsten ist aber, daß die großindustriellen Unternehmungen, sogar sehr rentable, in ihren Zahlungen an die Krankenassen rückständig sind. Die Treuherren aus den Zentren schicken das Geld nicht ein. So stehen 600 000 Rubel aus.“

Der zweite Reklameartikel ist der Volksschule gewidmet. Der dankbare Reisende bekommt nur die wenigen Mutter-schulen zu bewundern. Sie machen aber den Traten nicht fett. Man erzählt ihm lang und breit von der intensiven Bekämpfung des Analphabetismus und anderen schönen Dingen. Die Wahrheit aber ist anders! Die Ukraine vom 21. November teilt z. B. mit, daß allein in der Ukraine 140 000 Kinder proletarischer Herkunft außerhalb der Volksschulen geblieben sind. Wieviel Kinder nichtproletarischer Herkunft noch hingerufen, sagt das Blatt nicht. Bedenkt man jedoch, daß z. B. der Volkskommissar für Bildungswesen kürzlich erklärte, die Zahl der Volksschullehrer und der Volksschüler sei zurückgegangen, und der Vorlesende des ukrainischen Volksrates, Kolinin, in seiner Rede vor einigen Tagen das Beständnis ablegte, daß im Laufe der sieben-jährigen Herrschaft der Bolschewisten die Kulturinstitutionen auf dem Lande immer weiter abgebaut worden sind, ferner in Leningrad Tausende von Kindern nicht in die höheren Schulklassen aufgenommen werden konnten und die Universitäten bzw. Technischen Hochschulen viele zehntausende Studenten weniger aufnehmen durften als im vorangegangenen Jahre, so bekommt man eine richtige Vorstellung von den Fortschritten des Bildungswesens in Sowjetrußland.